

STADT FORST (LAUSITZ)

HAUSHALTS-
SICHERUNGS-
KONZEPT
2014

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbericht	3
1.1. Vorbemerkungen.....	3
1.2. Übersicht Zuschussbedarf freiwillige Aufgaben.....	3
2. Stand Haushaltskonsolidierung in den abgelaufenen Haushaltsjahren 2011 bis 2013.....	5
2.1. Einhaltung der Konsolidierungsziele 2011 und 2012.....	5
2.2. Haushaltsplan 2013	6
2.3. Abrechnung Maßnahmen Haushaltssicherungskonzept 2013	6
3. Geplante Konsolidierungsmaßnahmen und Prüfaufträge 2014 ff (Maßnahmekatalog).....	9
3.1. Wesentliche Abweichungen Planung 2014.....	9
3.2. Verbesserung der Erträge/Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10
3.3. Senkung des Aufwandes/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	10
3.4. Darstellung der möglichen geschätzten finanziellen Auswirkungen in den einzelnen Haushaltsjahren	12
4. Konsolidierungsziel Haushaltssicherungskonzept 2014	14

1. Vorbericht

1.1. Vorbemerkungen

hier Runderlass des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg in kommunalen Angelegenheiten Nr. 1/2013 und Hinweise der Kommunalaufsicht des Landkreises Spree-Neiße zur Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes 2014 im Rahmen der Haushaltsgenehmigung 2013

Durch den Runderlass des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg in kommunalen Angelegenheiten Nr. 1/2013 haben alle Kommunen durch klarstellende Erläuterungen Orientierungspunkte für eine geordnete Haushaltswirtschaft erhalten. Der § 63 Absatz 5 BbgKVerf regelt, dass wenn ein Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten und Ausschöpfung aller Ertragsmöglichkeiten sowie nach Verwendung von Rücklagemitteln und von Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses nicht möglich ist, ein HSK aufzustellen und darin der Zeitraum festzulegen ist, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird.

Im HSK sind die Maßnahmen darzustellen, durch die der im Ergebnishaushalt ausgewiesene Fehlbedarf abgebaut und das Entstehen eines neuen Fehlbedarfs im Ergebnishaushalt künftiger Jahre vermieden wird. Das HSK dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es wird von der Gemeindevertretung gesondert beschlossen und bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Das HSK soll die schnellstmögliche Wiedererlangung des notwendigen Haushaltsausgleichs vorbereiten und hat sich sowohl auf den Ergebnishaushalt als auch auf den Finanzhaushalt in Bezug auf die Einzahlungen und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie den Kassenkreditbedarf zu beziehen.

Die Gemeinde hat in geeigneter und nachvollziehbarer Weise darzustellen, mit welchen Maßnahmen in welcher Höhe in welchen Produktbereichen in den einzelnen Haushaltsjahren der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden soll. Die Maßnahmen sind auf den mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum zu beziehen.

Genehmigt werden nicht die einzelnen Maßnahmen des HSK, sondern die Gesamtheit der festgelegten Maßnahmen bezüglich ihrer insgesamt zu erwartenden Auswirkungen auf die haushaltswirtschaftliche Situation der folgenden Jahre.

Ist in Einzelfällen der Abbau der Fehlbeträge innerhalb des mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraumes objektiv nicht möglich, kann nach pflichtgemäßem Ermessen ein von der konkreten Situation der Gemeinde abhängiger längerer Zeitraum genehmigt werden. Voraussetzung ist, dass die Gemeinde mit dem vorgelegten HSK einen überragenden Konsolidierungswillen nachweist und der frühestmögliche Zeitpunkt für die Wiedererlangung des Haushaltsausgleiches festgelegt wurde.

1.2. Übersicht Zuschussbedarf freiwillige Aufgaben (in Bezug auf den Ergebnishaushalt 2011 bis 2014)

Der Umfang der freiwilligen Leistungen wird ins Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen des Ergebnishaushaltes gesetzt.

Da das Ermitteln des Umfangs der freiwilligen Leistungen durch die Kommunalaufsicht nicht in jedem Fall problemlos möglich sein wird, wird bei Gemeinden mit HSK um einen zusätzlichen Bericht mit Darstellung der freiwilligen Leistungen gemäß § 112 BbgKVerf gebeten.

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEP T 2014

Als freiwillige Leistungen werden u. a. angesehen:

- Ehrungen, Repräsentationen, Rentnerbetreuung/Rentnerweihnachtsfeier
- Verwaltung kultureller Angelegenheiten, Museum etc.
- Volksfeste
- Öffentliche Büchereien
- Soziale Einrichtungen für Ältere
- Haus der offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendclubs etc.
- Zuschüsse an Sportvereine etc., Sportanlagen, Sportplätze, Turnhallen (Anteile für schulische Zwecke sind in Abzug zu bringen)
- Bäder, Badeanstalten etc. (Anteile für schulische Zwecke sind in Abzug zu bringen)

Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Im Zuge der Berichterstattung u.a. gegenüber dem Ausgleichsfonds des Innenministeriums erfolgt durch die Stadt eine separate Darstellung der freiwilligen Aufgaben/Ausgaben in Form des jeweiligen Zuschussbedarfes. Für die Haushaltsjahre 2011 bis 2013 stellt sich das nachfolgend wie folgt dar:

Produkt	Bezeichnung	2011 vorl. Ergebnis Zuschuss (+/-)	2012 vorl. Ergebnis Zuschuss (+/-)	2013 Plan Zuschuss (+/-)	2014 Plan Zuschuss (+/-)
21.1.01	Verpflegungskostenzuschuss (Schulen)	-43.780,99 €	-44.397,39 €	-45.000 €	-45.100 €
25.2.01	Archiv verschwundener Orte	-25.713,97 €	-21.189,22 €	-23.300 €	-24.600 €
25.2.02	Brandenburgisches Textilmuseum	-106.639,85 €	-116.157,70 €	-118.500 €	-120.500 €
28.5.01	Heimatpflege	-20.345,82 €	-16.583,84 €	-20.800 €	-19.000 €
28.5.01	Kultur (ohne Zuschuss „100 Jahre Rosengarten“)	-84.912,44 €	-93.572,24 €	-101.700 €	-106.700 €
27.2.02	Bibliothek	-281.675,28 €	-261.841,63 €	-249.900 €	-259.700 €
31.5.01	Lokales Bündnis für Familien	-2.287,51 €	-25,99 €	-300 €	-300 €
33.1.01	Wohlfahrtspflege	-18.982,94 €	-17.587,34 €	-25.500 €	-25.500 €
34.2.01	Arbeitsförderung	-64.309,40 €	-70.885,64 €	-68.700 €	-77.800 €
36.2.01	Jugendkoordinator	-87.275,79 €	-79.213,12 €	-94.600 €	-94.100 €
36.2.01	Sozialarbeit an Schulen	-35.771,98 €	-43.583,01 €	-59.500 €	-59.400 €
36.6.01	Jugendklubhaus	0,00 €	0,00 €	0 €	0 €
36.6.01	Kinder- und Jugenddorf	1.738,22 €	-5.809,04 €	-10.300 €	-13.500 €
36.6.01	Schülerfreizeitzentrum	-171.320,32 €	-112.413,97 €	-77.200 €	-81.300 €
36.6.02	Einrichtungen der Jugendarbeit	-56.345,65 €	-67.110,29 €	-79.200 €	-79.900 €
42.5.01	Sportförderung	-38.350,11 €	-38.022,86 €	-38.300 €	-48.800 €
42.5.02	Freibad	-101.234,62 €	-122.755,27 €	-178.100 €	-189.200 €
42.5.02	Schwimmhalle (100 T€ pflichtig)	-116.793,89 €	-124.050,46 €	-148.800 €	-158.800 €
42.5.02	Sportstätten	-47.267,68 €	-40.625,63 €	-123.800 €	-115.400 €
55.1.02	Unterhaltung von Spielplätzen (50%)	-20.966,16 €	-26.442,90 €	-15.700 €	-30.000 €
55.3.02	Krematorium	132.795,64 €	-2.650,82 €	5.300 €	22.100 €
55.3.03	Gebäudeunterhaltung Krematorium	-111.529,91 €	-7.649,03 €	-16.600 €	-16.600 €
57.3.01	Allgemeine Einrichtungen	3.651,01 €	4.131,32 €	-2.900 €	-2.900 €
57.3.02	Markt	11.377,15 €	11.415,61 €	-21.000 €	-21.400 €
57.3.03	Dorfgemeinschaftshäuser	-5.071,08 €	-11.031,29 €	-44.500 €	-54.600 €
57.5.01	Tourismus und Marketing	-265.279,73 €	-263.231,03 €	-219.500 €	-217.100 €
	Gesamt	-1.556.293 €	-1.571.283 €	-1.778.400 €	-1.840.100 €
	Ordentliche Aufwendungen Ergebnishaushalt	29.592.289,39 €	32.834.216,68 €	35.853.800 €	36.318.200 €
	Zuschuss %	5,26%	4,79%	4,96%	5,07%

2. Stand Haushaltskonsolidierung in den abgelaufenen Haushaltsjahren 2011 bis 2013

2.1. Einhaltung der Konsolidierungsziele 2011 und 2012

Die in den Haushaltssicherungskonzepten für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 ausgewiesenen Konsolidierungsmaßnahmen wurden grundsätzlich umgesetzt bzw. an der Umsetzung der Maßnahmen wird / wurde gearbeitet.

2.1.1. voraussichtliches Ergebnis 2011*

Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	32.200.000
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	32.672.000
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-472.000
Finanzergebnis	-793.000
Ordentliches Ergebnis	-1.265.000

* Der Jahresabschluss 2011 liegt noch nicht vor, nach Bearbeitungsstand vom 27.01.2014 wird das ordentliche Ergebnis bei ca. -1.265.000 Euro liegen .

2.1.2. Plan 2012 mit jahresbezogener Konsolidierung

Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	35.206.900
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	35.858.600
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-651.700
Finanzergebnis	-784.100
Ordentliches Ergebnis	-1.435.800

2.1.3. voraussichtliches Ergebnis 2012*

Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	37.850.000
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	36.772.300
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	1.077.700
Finanzergebnis	-677.700
Ordentliches Ergebnis	400.000

* Der Jahresabschluss 2012 liegt noch nicht vor, nach Bearbeitungsstand vom 27.01.2014 wird das ordentliche Ergebnis bei ca. 400.000 Euro liegen.

2.2. Haushaltsplan 2013

Der Haushalt 2013 wird entsprechend den doppelten Vorschriften gemäß der BbgKVerf und der KomHKV aufgestellt. **Mit der Fortschreibung des HSK 2013 finden die Hinweise der Kommunalaufsicht zur Genehmigung des HSK 2012 Berücksichtigung, die Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung spiegeln sich in der Planaufstellung für 2013 ff wider.**

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 sah im Ergebnishaushalt wie folgt aus:

Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	34.862.900
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	34.889.500
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-26.600
Finanzergebnis	-558.900
Ordentliches Ergebnis	-585.500

2.3. Abrechnung Maßnahmen Haushaltssicherungskonzept 2013

Das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2013 sah vor, dass der Haushaltsausgleich im Jahr 2017 erreicht wird. Mit der Genehmigung der Haushaltssatzung 2013 am 15.07.2013 erfolgte auch die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Das Haushaltssicherungskonzept musste auch für 2013 fortgeschrieben werden und steht unter der besonderen Maßgabe des Nachweises des herausragenden Konsolidierungswillens der Stadt Forst (Lausitz), insbesondere im Rahmen der bereits gewährten Mittel aus dem Ausgleichsfonds des Ministerium des Innern des Landes Brandenburg und des ggf. weiteren mittelfristigen Bedarfes von Mitteln aus dem Ausgleichsfonds.

Entsprechende Anträge für die Jahre 2010 und 2011 wurden beim Ministerium des Innern gestellt, eine entsprechende Bearbeitung soll im Jahr 2014 abschließend erfolgen.

2.3.1. Ertragserhöhungen

(alle Zahlen in T-Euro)

Nr.	Fachbereich	Produkt bzw. Leistung	Maßnahme	lt. HSK geplant Verbesserung 2013	Ergebnisverbesserung 2013	Bezug Planansatz 2013	voraussichtliches Ist 2013	Stand der Umsetzung
1)	30	versch.	Überprüfung (Verbesserung des Kostendeckungsgrades) und Neufassung aller Nutzungs- bzw. Benutzungsordnungen	6,0	0,0	35,0	30,0	Fortlaufend, begonnen wurde bei der Feriengestaltung im Kinder – und Jugenddorf
2)	40	11.1.03.200	Verbesserung des Forderungsmanagements hinsichtlich offener Forderungen	8,0	14,1	68,0	82,1	Umgesetzt (durch Verstärkung Aussendienst Vollstreckung)
3)	Stab	55.1.03.100	Moderate Erhöhung der Eintrittspreise Rosengarten ab 2014					Beschlüsse gefasst in SVV am 13.09.2013/06.12.2013 Einnahmen werden in 2014 noch über die UG 2013 abgewickelt
4)	20	36.1.01 36.5.01	Erhöhung aller Elternbeitrageinstufungen pro Monat ab Kita-jahr 2013/2014	3,0	23,2	475,5	498,7	in SVV im September 2013 neue Satzung beschlossen (Erhöhung um 2,- Euro je Beitragssatz je Einkommensstufe)
5)	25	42.5.01 42.5.02	Erhöhung der Eintritte Schwimmhalle und Freibad ab Saison 2013	7,0	13,8	140,0	153,8	Erhöhung der Tarife durch Anpassung der Entgeltordnungen in 05/2013 und 09/2013
6)	40	11.1.03.200	Einnahmen aus Grundstücken	6,0	0,0	90,0	32,8	Grundstücksvermarktungskonzeption wurde später erst durch SVV bestätigt
7)	60/30	21.1.02.400	Durchsetzung von Schadensersatz Grundschule Nordstadt					Klageverfahren wurde aufgrund des San.-umfanges und Feststellung der Gesamtschadenssumme damit einhergehend aufgrund des zeitlichen Umfanges 2013 begonnen
8)	40	61.1.02.100	Ergebniswirksame Verwendung der investiven Schlüsselzuweisung (Instandsetzung/Instandhaltung öffentlicher Infrastruktur)	150,0	136,1	417,0	286,1	Endgültige Verbuchung erfolgt erst noch (AO Instandsetzung Straßen und Straßenbeleuchtung)
				180,0	187,2			

2.3.2. Aufwandsreduzierungen

(alle Zahlen in T-Euro)

Nr.	Fachbereich	Produkt bzw. Leistung	Maßnahme	lt. HSK geplant Verbesserung 2013	Ergebnisverbesserung 2013	Bezug Planansatz 2013	voraussichtliches Ist 2013	Stand der Umsetzung
1)	30	alle	Unmittelbare Senkung des Personalaufwandes	+45,0		11.507	0	Maßnahmen sind erfolgt bzw. in der Erarbeitung, weitere Umsetzung der Maßnahmen der ext. Org.-untersuchung insbesondere im FB 50
2)	30	11.1.02	Vorlage eines Konzepts für eine sachgerechte und optimale Technikausstattung für den Druck- und Kopierservice in der Stadtverwaltung	+6,0	+1,6	60,0	58,4	Konzept noch nicht vorliegend, umgesetzt sind: Abschaffung Einzelplatzdrucker (Einsparung bei Tonern), Umstellung auf Umweltpapier
3)	60	gesamter Haushalt	Senkung des sächlichen Aufwandes	+5,5	+8,2	5.422,0	5.413,8	Umgesetzt. nachfolgende Aktivitäten Aus- und Fortbildung; Post –und Telekommunikationsaufwand, Reduz. Fachliteratur, ...
4)	60	gesamter Haushalt	Optimierung der vorhandenen Gebäudestrukturen, insbesondere der Verwaltungsgebäude	+21,0	+21,0	21,8*	0,0	*Hier gegenüber Ergebnis 2012 Einsparung Miete für Bibliothek, Reduzierung Betriebskosten
5)	20	42.5.01 42.5.02	Nachhaltige Senkung des Betriebs- und Unterhaltungsaufwandes im Bäderbereich	+11,0	+2,8	345,7	342,9	erfolgt durch Anpassung der Schließzeiten beim saisonalen Wechsel der Betreibung von Freibad und Schwimmhalle ab 09/2013
6)	20	54.0.02.300	Prüfung der Betreibung der Straßenbeleuchtung	+5,0	+16,2	380,0	363,8	bei Ausbau/Erneuerung der Beleuchtung erfolgt Einbau von LED Technik, Einbau von Dimmtechnik in bestehende Anlagen Senkung der Stromkosten, Maßnahme fortlaufend
7)	BA	11.1.05.100	Weitere Optimierung des Leistungsumfanges des Betriebsamtes mit dem Ziel der Reduzierung des Zuschussbedarfes	+10,0	+46,4	359,0	312,6	Reduzierung eigener Personalaufwand nach Ausscheiden, weitere Fremdvergabe bei der Grünflächenbewirtschaftung

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT 2014

Nr.	Fachbereich	Produkt bzw. Leistung	Maßnahme	lt. HSK geplant Verbesserung 2013	Ergebnisverbesserung 2013	Bezug Planansatz 2013	voraussichtliches Ist 2013	Stand der Umsetzung
8)	Stab		Optimierung der kulturellen und touristischen Aktivitäten der Stadt unter Berücksichtigung organisatorischer, rechtlicher und finanzieller (steuerrechtlicher) Auswirkungen			0	0	Entsprechend der Beschlussfassungen in SVV in 09/2013 soll in 2014 Konzept erarbeitet werden, Beginn der Umsetzung ab 2015
9)	BA	36.1.01.100	Auslastung der freien Kitakapazitäten (vorrangig vor Tagespflegepersonen)	+13,0	+22,2	235,0	212,8	Erfolgt, denn bei Betreuungsbedarf werden freie Kitakapazitäten vorrangig angeboten
10)	25	36.5.01.100 bis 36.5.01.300 SK 542900	Überprüfung mit Anpassung der Kostenbeteiligung der Eltern an der Kitaspeisung ab 10/2013 auf 1,40 Euro pro Portion	+1,0	+10,0	71,4	61,4	Beschluss SVV in 09/2013, damit umgesetzt
				297,5	138,4			

3. Geplante Konsolidierungsmaßnahmen und Prüfaufträge 2014 ff (Maßnahmekatalog)

3.1. Wesentliche Abweichungen Planung 2014 zur Finanzplanung im Haushaltsjahr 2013 für die Folgejahre und ihre Ursachen

(alle Angaben in TEUR)

	2014	2015	2016	2017
ordentliches Ergebnis aktuelle Planung 2014	- 48.400	372.000	410.100	283.700
ordentliches Ergebnis Finanzplanung aus 2013	-372.200	547.700	746.800	
Abweichung (-)	-420.600	- 175.700	- 336.700	

Zusätzliche finanzielle Belastungen gegenüber der Finanzplanung für 2014 aus Sicht 2013

- Mehraufwand Personal (u.a. Veränderung der Rahmenbedingungen Personalausstattung Kita's, Aussendienst Ordnung u. Sicherheit) 800 T-Euro
- Mindererträge Gewerbesteuer 725 T-Euro

Zusätzliche finanzielle Entlastungen gegenüber der Finanzplanung für 2014 aus Sicht 2013

- Mehrerträge Schlüsselzuweisung (lt. Orientierungsdaten) 791 T-Euro
- Mehrerträge Gemeindeanteil Einkommenssteuer (aufgrund positivem AO-Soll 2013) 400 T-Euro
- Zinsaufwand Kassenkredite 150 T-Euro

3.2. Verbesserung der Erträge/Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

a) Verbesserung des Kostendeckungsgrades und Neufassung der Nutzungs- bzw. Benutzungsordnung städtischer Turnhallen ab 10/2014

(unter Beachtung der umfangreichen Verbesserung der Nutzungsbedingungen in vielen städt. Turnhallen und Berücksichtigung der Kostensteigerungen im Bereich der Bewirtschaftung ist eine Anpassung der Entgelte notwendig, da letzte Engelfestsetzung 2003

b) Verbesserung des Forderungsmanagements Offener Forderungen sofort

(verstärkte Aktivitäten zur Durchsetzung dinglich gesicherter Forderungen bei unbebauten Grundstücken, insbesondere Prüfung der Verwertbarkeit dieser Grundstücke)

c) Vermarktung städtischer Grundstücke, die nicht zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind (insbesondere Wald) ab 07/2014

Die Stadt ist Eigentümer von ca. 25 ha Waldflächen, die Qualität ist unterschiedlich, es gibt immer wieder Anfragen, entsprechende Erträge (über bewerteten Buchwert) sind realistisch

d) zentrale und qualifizierte Sponsorenakquise und -pflege sofort

insbesondere Sponsoring ist neben der Spendenakquise eine interessante Unterstützungsmöglichkeit auch für viele Unternehmen für städt. Aktivitäten, Kulturevents, etc. Erfahrungen aus dem Jubiläumsjahr 2013 (100 Jahre Rosengarten) bestätigen das

3.3. Senkung des Aufwandes/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

3.3.1. Unmittelbare Senkung des Personalaufwandes

a) die Umsetzung der Maßnahmen anhand des Berichtes der externen Organisationsuntersuchung mit dem Ziel, Strukturen und Organisationsabläufe zu optimieren und die dafür erforderliche Personalausstattung festzuschreiben.

Die mittel – und langfristig erforderliche Personalausstattung wird dokumentiert und fortgeschrieben mit der vorliegenden Personalbestands - und Personalbedarfsplanung. Frei werdende Stellen sind bei Bedarf vorrangig intern zu besetzen. Dafür ist zielgerichtet die Aus – und Fortbildung der Beschäftigten im Personalentwicklungskonzept festzuschreiben. Für die interne Stellenbesetzung sind die fachlich gut ausgebildeten Verwaltungsfachangestellten im Rahmen der demographischen Entwicklung der Beschäftigtenstruktur und des Bedarfs angemessen zu berücksichtigen.

Die Personalkosten sind dauerhaft reduziert durch den Abschluss einzelvertraglicher Regelungen mit 152 Beschäftigten. Davon haben bereits im Jahr 2011 133 Beschäftigte (87,5 %) für die Dauer von 6 Jahren bis zum 31.01.2017 und 19 Beschäftigte (12,5 %) für die Dauer von 3 Jahren bis zum 31.01.2014 ihre Arbeitszeit um mindestens 5 % abgesenkt. Der Fortführung der am 31.01.2014 auslaufenden einzelvertraglichen Regelung für die Dauer von weiteren 3 Jahren bis zum 31.01.2017 haben zwischenzeitlich 15 Beschäftigte (9,87 %) zugestimmt

b) Fortsetzung der Abfindungsregelung unter der Maßgabe Reduzierung der Personalaufwendungen

mittel- und langfristige Reduzierung des Personalaufwandes durch vorzeitiges (vor Eintritt in die gesetzliche Altersrente) Ausscheiden von MitarbeiterInnen, mit der Maßgabe grds. keine externe Neubesetzung

Nachfolgende Stellenentwicklung (lt. Stellenplan) in VbE (Bezug auf 40 h/Woche) verdeutlicht die Sparbemühungen:

<u>Jahr</u>	<u>VBE</u>	
2005	278,450	
2006	275,100	
2007	270,850	
2008	268,975	1)
2009	254,206	
2010	254,569	2)
2011	242,460	
2012	236,028	
2013	233,803	
2014	230,127	

1) Berücksichtigt sind dabei 4,25 VBE Zugang in 2008 (Übernahme Schwimmhalle)

2) Berücksichtigt sind dabei 12,87 VBE Zugang in 2010 (Übernahme Kita Tagorestr.)

3.3.2. Senkung des sächlichen Aufwandes

a) Kulturbereich

Bündelung und Optimierung der Ausstattungen u.a. für Veranstaltungen inkl. Anschaffung

b) Überprüfung aller Abonnements auf Notwendigkeit

Weitere fachbereichsspezifische Prüfung und Reduzierung auf unabdingbare Abo's

c) Senkung der Stromkosten der Straßenbeleuchtung

Reduzierung der Stromkosten (schrittweise Umrüstung auf LED-Technik, Planung und ggf. Beginn der technischen Umsetzung in 2014), Stromkostensenkungspotential ca. 30-40 % gegenüber herkömmlichen Leuchtmitteln

d) Weitere Optimierung des Leistungsumfanges des Betriebsamtes mit dem Ziel der Reduzierung des Zuschussbedarfes

Aufgabenkritik mit der Maßgabe der Reduzierung der eigenen Leistungserbringung, Wirtschaftlichkeitsvergleich Eigenbewirtschaftung/Fremdvergabe im Bereich des Bestattungswesens, hier insbesondere im Bereich der Bestattungsorganisation und des -ablaufes (u.a. bei der Grabherstellung Erde/Urne)

e) Optimierung der kulturellen und touristischen Aktivitäten der Stadt unter Berücksichtigung organisatorischer, rechtlicher und finanzieller (steuerrechtlicher) Auswirkungen

Schaffung einer entsprechenden Organisationstruktur voraussichtlich ab 2015 zur Bündelung entsprechender Aktivitäten, hier Gründung eines Unternehmens für Stadtmarketing, Veranstaltungs- und Tourismusmanagement
Nutzung der Erkenntnisse bei der Durchführung der Deutschen Rosenschau 2013, Konzeptionelle Erarbeitung durch externe Unterstützung über die Mittel der UG 2013

f) Reduzierung der Zinsaufwendungen im Kassenkreditbereich sofort

Nutzung der Marktbedingungen durch Steuerung der Laufzeiten bei der tatsächlichen Inanspruchnahme (insbesondere kurzfristige Laufzeiten zwischen den Prologationen bis max. 6 Monate)

3.4. Darstellung der möglichen geschätzten finanziellen Auswirkungen in den einzelnen Haushaltsjahren

(alle Angaben in TEUR)

Erläuterungen:

1. nicht in jedem Fall ist der zuständige Bereich abschließend eingrenzbar
2. noch nicht in jedem Punkt sind die Ausgabereduzierungen konkret bezifferbar und terminierbar

3.4.1. Verbesserung der Erträge/Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Nr.	FB	Produkt/ Leistung.	Maßnahme	Ansatz 2013	2014	2015	2016	2017
1)	60	42.5.02.100/ 43210000	Verbesserung des Kostendeckungsgrades und Neufassung der Nutzungs- bzw. Benutzungsordnung Turnhallen	8,0	+2,5	+5,5	+5,5	+5,5
2)	40	11.1.03.200	Verbesserung des Forderungsmanagements hinsichtlich offener Forderungen (verstärkte Aktivitäten zur Durchsetzung dinglich gesicherter Forderungen bei unbebauten Grundstücken)	90,0	+8,0	+8,0	+8,0	+8,0
3)	40	11.1.03.200	Vermarktung städtischer Grundstücke die nicht zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind (insbesondere Wald)	90,0	+15,0	+25,0	+10,0	
4)	25	28.5.01.100	zentrale und qualifizierte Sponsorenakquise und -pflege	0,0	+15,0	+15,0	+15,0	+15,0
					+38,5	+53,5	+38,5	+28,5

3.4.2. Senkung des Aufwandes/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Nr.	FB	Produkt/ Leistung.	Maßnahme	Ansatz 2013	2014	2015	2016	2017
1)	30	alle	Unmittelbare Senkung des Personalaufwandes	11.507,1	-33,5	-33,5	-33,5	-33,5
2)			Senkung des sächlichen Aufwandes					
a)	25	28.5.01.100	Kulturbereich	22,7	-15,0	-15,0	-15,0	-15,0
b)	30	11.1.02.200	Überprüfung aller Abonnements auf Notwendigkeit,	66,0	-4,0	-4,0	-4,0	-4,0
c)	BA	54.0.02.300	Senkung der Stromkosten der Straßenbeleuchtung	280,0		-11,0	-11,0	-11,0
d)	BA	55.3.01.100	Weitere Optimierung des Leistungsumfanges des Betriebsamtes mit dem Ziel der Reduzierung des Zuschussbedarfes	153,4	-2,0	-10,9	-11,1	-8,0
e)	25/Stab	11.1.01.300 25.2.01.100 28.5.01.100 57.5.01.100	Optimierung der kulturellen und touristischen Aktivitäten der Stadt unter Berücksichtigung organisatorischer, rechtlicher und finanzieller (steuerrechtlicher) Auswirkungen	609,3		-15,0	-20,0	-20,0
f)	40 Kä	61.2.01.100	Reduzierung der Zinsaufwendungen im Kassenkreditbereich	537,0	-200,0	-200,0	-200,0	-200,0
					-254,5	-289,4	-294,6	-291,5
Gesamtsumme der Ertragserhöhungen und Aufwandsreduzierungen:					293,0	342,9	333,1	320,0

4. Konsolidierungsziel Haushaltssicherungskonzept 2014

Entsprechend den gesetzlichen Grundlagen (§ 63 Absatz 5 BbgKVerf iV.m. § 26 KomHKV) und ergänzenden Hinweisen aus dem Runderlass 1/2013 muss es Ziel sein, mit den Maßnahmen sowohl den Ergebnishaushalt als auch den Finanzhaushalt aus laufender Verwaltungstätigkeit auszugleichen.

Unter Berücksichtigung der Fortsetzung/Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen bis 2012 und der aktuellen Konsolidierung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 verbunden mit der Fortschreibung der Konsolidierung ab 2014 ff sieht die Entwicklung des Ergebnishaushaltes ab 2014 wie folgt aus:

	Voraussichtliches Ergebnis 2011 ¹⁾	Voraussichtliches Ergebnis 2012 ²⁾	2013
Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	32.200.000	37.850.000	34.862.900
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	32.672.000	36.772.300	34.889.500
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-472.000	1.077.700	-26.600
Finanzergebnis	-793.000	-677.700	-558.900
Ordentliches Ergebnis	-1.265.000	400.000	- 585.500

^{1,2)} Stand 03.02.2014

	2014	2015	2016
Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	35.550.400	34.496.300	33.916.800
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	35.110.100	33.645.300	33.145.400
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	440.300	851.000	771.400
Finanzergebnis	-488.700	-479.000	-361.300
Ordentliches Ergebnis	-48.400	372.000	410.100

In der obenangeführten Darstellung sind die Auswirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen der bereits vollzogenen und noch zu vollziehenden Maßnahmen in der Planung des Ergebnishaushaltes berücksichtigt.

Da alle Maßnahmen des HSK liquiditätsverbessernd sind, hat das analoge Auswirkungen auf den Finanzhaushalt aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die unter Punkt 3 aufgeführten Maßnahmen sind geeignet, den gesetzlichen Bestimmungen gerecht zu werden und den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Nach dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept wird der formelle und materielle Haushaltsausgleich im Jahre 2015 erreicht.

Forst (Lausitz), den 03.02.2014


Dr. Jürgen Goldschmidt
Hauptamtlicher Bürgermeister